



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Maßgebliches und Unmaßgebliches

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Maßgebliches und Unmaßgebliches

Die Sozialdemokraten bei den Bauern. Die Sozialdemokratie hat auf ihrem Parteitag in Breslau das Geständnis ablegen müssen, daß sie sich genötigt sieht, auf ihrem Agitationszuge vor dem bäuerlichen Stande „vorläufig“ Halt zu machen. Die Gegner des durchgefallenen Agrarprogramms haben in langen und breiten theoretischen Erörterungen dargelegt, weshalb der Programmwurf rundweg zu verwerfen sei, und die schließlich angenommene Resolution Kautsky begründete die Verwerfung damit, daß der Programmwurf den Bauern eine Besserung ihrer Lage, also eine Stärkung des — von der Sozialdemokratie bekämpften — Privateigentums in Aussicht stelle. Ob nun lediglich diese theoretischen Erwägungen den Beschluß des Parteitags herbeigeführt haben, oder ob auch die praktischen Mißerfolge bei der bisherigen Agitation auf dem Lande die Sozialdemokratie in die Rolle des Fuchses gedrängt haben, der die zu hoch hängenden Trauben verschmäht, mag dahingestellt bleiben. Bebel, der — offenbar aus parteitaktischen Gründen — für den Programmwurf stimmte, war jedenfalls mit diesem Eingeständnis der Schwäche sehr unzufrieden, da es dem „Prestige“ der Partei nicht unerheblich schadete. Aber wäre auch der Beschluß zu Gunsten des Programmwurfs ausgefallen, die Praxis würde bald gelehrt haben, daß der Bauernstand für den Samen der Sozialdemokratie ein unfruchtbarer Boden ist.

Die Sozialdemokratie bekämpft das Privateigentum, vor allem das an Produktionsmitteln, zu denen auch Grund und Boden gehört. Nun läßt sich nicht leugnen, daß die Begriffe des Privateigentums wandelbar sind. Kein zivilisierter Mensch würde z. B. heute noch die Sklaverei als berechtigt anerkennen, während man im Altertum und auch noch später unbehindert auch Menschen zum Privateigentum gemacht hat. Andererseits war dem Altertum z. B. unser heutiger Begriff des „geistigen Eigentums“ unbekannt. Warum sollte also mit der Zeit nicht auch der sozialistische Begriff des „Kollektiveigentums“ zu verwirklichen sein? Diese Frage in ihrer Allgemeinheit zu beantworten, davon kann selbstverständlich hier keine Rede sein; soweit sie aber die Bauern angeht, wollen wir ihr doch ein wenig näher treten. Man kann annehmen, daß die Urform der menschlichen Gesellschaft eine sozialistisch-kommunistische gewesen ist. Je weniger die Persönlichkeit des Einzelnen ausgebildet ist, um so mehr lebt er in Gemeinschaft; er fühlt noch kein starkes Bedürfnis, sein Einzelwesen und seine Eigenheit geltend zu machen. Man kann annehmen, daß die Horden der Jäger- und Fischervölker, abgesehen etwa von ihrem Besitz an Waffen und kleinen Geräten, in Gütergemeinschaft lebten, ja man kann dies in gewissem Maße sogar von der nächst höhern Kulturstufe, den Hirtenvölkern (Nomaden) annehmen. In dem Augenblick aber, wo der Mensch auf die dritte Stufe der Kultur tritt, sich dem heutigen Kulturzustande nähert und Ackerbauer wird, macht sich auch der Begriff des Privateigentums an Grund und Boden geltend. Das Privateigentum, besonders das an Grund und Boden, ist also ein Erzeugnis der wachsenden Kultur. Nur auf dieser Grundlage konnte sich der Ackerbau entwickeln. Der Mensch hat ein Stück Wildnis als freies Gut in Besitz genommen, und es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß er der Urbarmachung dieses Stückes seine Lebenskraft gewidmet hätte ohne das Bewußtsein: Was du hier erarbeitest, das erarbeitest du für dich, zu deinem Eigentum. Und weiter: indem der Bauer dem Boden seine Schätze abringt, gewinnt er das Stückchen Erde lieb, das seine

ganze Tätigkeit in Anspruch nimmt; er beobachtet die Eigentümlichkeiten seines Landes und fühlt freudigen Stolz über den Ertrag, der nun auch sein unbeschränktes Eigentum wird. Würde sich der Bauer wohl mit gleichem Eifer und mit gleicher Liebe der Bearbeitung seines Stückchen Landes widmen, wenn er sich sagen müßte: Was du erntest, mußt du in den Kollektivspeicher abliefern? Wer den Bauer kennt, weiß auch, daß es für ihn kein höheres Ziel giebt, als ein Stückchen eigne Scholle zu besitzen. Dem Bauer das Grundeigentum streitig machen wollen, hieße die Axt an die Wurzeln des Bauernstandes setzen. Deshalb hat der Bauer gegen die sozialistischen Apostel eine Abneigung, die um so größer ist, je besser er über die letzten Ziele der Sozialdemokratie unterrichtet ist. Aber auch der weniger aufgeklärte bringt ihnen das größte Mißtrauen entgegen. So unwissend ist schließlich kein Bauer, daß er nicht schon einmal vom „Teilen“ gehört hätte. „Bruder, was mein ist, ist auch dein,“ so lehrt das Gebot der christlichen Nächstenliebe, auf die der Bauer ja auch etwas hält. Ins Sozialdemokratische übersetzt, heißt es aber: „Bruder, was dein ist, ist auch mein!“ Dafür hat der Bauer ein feines Verständnis. Von Leuten, die ihm für seine Zukunft solche Ausichten eröffnen, läßt er sich nicht einreden, daß sie den Willen hätten, seine gegenwärtige Lage zu verbessern.

Beim Kleinbauern — der Großbauer kommt überhaupt nicht in Betracht — ist also wenig auszurichten. Wie steht es aber mit dem ländlichen Arbeiter? Wie wäre dieser sozialistisch zu schulen? Das wirksamste Machtmittel der sozialdemokratischen Organisation, der Streik, ist in seinen Händen wohl wirkungslos. Die ganze Art des landwirtschaftlichen Betriebs, die Unregelmäßigkeit der Zeiten, zu denen diese oder jene Arbeiten notwendig sind, ihre Abhängigkeit von der jeweiligen Beschaffenheit des Bodens und von allerhand Natureinflüssen machen eine planmäßige Vorbereitung von Umständen unmöglich, ganz abgesehen davon, daß der Knecht, der von morgens bis abends arbeitet, dem die Natur selbst die Unmöglichkeit des Achtstundentags klar macht, wenig Zeit und schließlich auch wenig Lust zum Politisieren hat. Dazu kommt, daß er sogar in größern Betrieben vielfach doch noch gleichsam zur Familie gehört und mit der Scholle, auf der er arbeitet, verwachsen ist. Viele sind auch selbst Söhne und Töchter kleiner Bauern und haben früher oder später ihr eignes Gütlein zu bewirtschaften, und damit kommen wir zu dem, was schon beim Kleinbauern angedeutet wurde: der Liebe zu dem bäuerlichen Beruf und der Zufriedenheit darin. Wen diese beiden trotz aller Notlagen vorhandnen Bande nicht zu fesseln vermocht haben, der hat dem Bauernstande schon längst den Rücken gekehrt und ist als Tagelöhner in die Stadt oder in die Fabrik gegangen. Manchen hat es freilich in die Fabrik getrieben, weil er auf dem Lande gerade keine Arbeit fand, viele aber doch auch der Wunsch nach bequemem Leben. Im allgemeinen kann man sagen, daß es nicht die besten Leute sind, die der Bauernstand auf diese Weise verloren hat. Eine umso bessere und geläuterte Kerntruppe wird die Sozialdemokratie bei etwaigen Befreiungsversuchen auf dem Lande antreffen.

Die Genossen werden sich überhaupt nach und nach mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß die Sozialdemokratie an der Grenze ihrer Zunahmefähigkeit angelangt ist. Was sie auffaugen konnte, hat sie so ziemlich aufgesogen, und sie wird Mühe genug haben, ihren Besitzstand zu erhalten; sie und da beginnt es schon zu bröckeln. Was bis jetzt noch nicht auf ihrer Seite steht, wird sie wohl oder übel als Gegner betrachten müssen, aus deren Reihen ihr ein „Bis hierher und nicht weiter!“ entgegenschallt.

Etwas vom Börsenspiel. Nachdem unsere Erwägungen über diesen Gegenstand im vorigen Hefte schon gedruckt waren, fielen uns zwei Artikel in die Hände, die wir verbunden als eine, wenn auch bei weitem noch nicht genügende Antwort auf die dort gestellten Fragen gelten lassen können. Der erste steht in Frühling's Landwirtschaftlicher Zeitung, einem gediegenen Fachblatt, das zwar bei Behandlung der heute brennenden Agrarfragen den Standpunkt der Agrarier einnimmt, ihn aber nicht in demagogischer, sondern in ruhiger und sachlicher Weise vertritt. Im zwanzigsten Hefte dieser Zeitschrift antwortet der Herausgeber, Edmund Klapper, dem Herrn von Graß-Malin auf seinen bekannten Vorschlag, den Landwirten durch Einrichtung von Kornhäusern zu helfen. Er hat gegen diese nichts einzuwenden und polemisiert nur dagegen, daß Herr von Graß diese Kornhäuser für ein Universalheilmittel ansieht, den Antrag Kanitz und die Agrarzölle aber bekämpft. In diesem Aufsatz wird der Druck, den die Börsenspekulation auf den Getreidepreis ausüben soll, auf folgende Weise erklärt. Für den Roggenpreis sei die Berliner Börse tonangebend für die ganze Welt. „Warum? Weil die geringen Ansprüche der Börsenordnung an die Lieferungsqualität des Getreides der Gegen-(Hauffe-)partei es sehr erschweren, durch effektive Abnahme der herangeschleppten Kornmengen freie Lager zu schaffen. In den Verhandlungen der Börsenquotekommission ist aus zahlreichen Aussagen von Angehörigen der Großmüllerei und des Provinzialhandels erwiesen worden, daß das an der Berliner Börse für lieferungsfähig erklärte Getreide oft weder mahl- noch backfähig ist; die Gegenpartei würde daher wegen des Weiterabsatzes dieses Lieferungsgetreides an die Müllerei sehr große Schwierigkeiten gehabt haben und würde diesen Weiterabsatz nur unter so hohen Opfern, gegenüber dem Kündigungspreise, haben bewerkstelligen können, daß es noch immer vorteilhafter schien, durch Differenzzahlung aus dem Geschäft auszuscheiden, statt durch Annahme der »angedienten« Mengen den Verkäufer in Warenmangel zu setzen und so seine Spekulation zu durchkreuzen.“

Wenn sich die Müller unbrauchbares Getreide gefallen lassen müssen, so ist das allerdings ein unhaltbarer Rechtszustand, bei dem man sich nur wundern muß, wie er jahrelang fortbauern kann. Erklärt ist mit dieser Auseinandersetzung eins: nämlich wie die Hauffepartei einen dem Weltmarktvorrat nicht entsprechenden niedrigen Preis vorübergehend erzwingen kann; sie verstärkt das Angebot durch das Heranziehen von Getreide, das eigentlich gar kein Getreide ist und nicht in den Handel kommen sollte. Unbeantwortet dagegen bleiben zwei andre Fragen: erstens nämlich, wo das unbrauchbare Getreide zuletzt hinkommt, und zweitens, wie die Spekulation und der Getreidehandel bei dauernder Wohlfeilheit des Getreides auf die Rechnung kommen können. Auf die erste dieser beiden Fragen finden wir eine Antwort in der Kölnischen Zeitung, die, obwohl nichts weniger als agrarisch, dennoch es „als eine nicht zu bestreitende Tatsache“ zugiebt, „daß der Terminhandel an den Börsen in seiner jetzigen Gestalt, namentlich in Deutschland, zeitweise auf die Preisbildung nicht ohne wesentlichen Einfluß ist und für Landwirtschaft, Mühlenindustrie und Handel schädigend wirkt.“ Sie stellt die Sache ungefähr so dar wie Klapper und sagt dann weiter: „Da die Ware für die Müllerei zum Teil gar nicht geeignet ist, so bleibt sie in den Händen der Ankündiger so lange, bis sie durch Preisabschläge auf erweiterten Absatzgebieten in den Verbrauch übergeht, und übt immer aufs neue den Druck auf die Preise aus“ u. s. w. Wohin das nicht lieferbare Getreide kommt, wissen wir nun; es wird zu guter Letzt, wenn es billig genug geworden ist, doch noch gekauft und verbraucht, jedoch die Bezeichnung „unbrauchbar“ dafür nur relativ, nicht absolut zu verstehen ist, und die

Frage, ob es ganz vom Markte auszuschließen sei, wieder offen bleibt. Aber wie die Spekulation bei stetig sinkendem Preise auf die Rechnung kommen kann, wissen wir immer noch nicht, und auch das andre nicht, wie es zugeht, daß diese dem Weltvorrat nicht entsprechende Anhäufung von Getreide in Berlin nicht an andern Orten Mangel erzeugt und einen Preisausschlag bewirkt, der auf Berlin zurückwirken müßte. Wir müssen deshalb die Bitte an börsenverständige Freunde unsrer Zeitschrift, uns endlich einmal die Sache klar zu machen, wiederholen.

Das allerwunderbarste an dieser wunderbaren Sache ist aber folgendes: Bismarck, der Großgrundbesitzer und ausgesprochne Agrarier, ist von der Zeit ab, wo die Klagen über die Not der Landwirtschaft und die Anklagen gegen die Börse begannen, seit Ende der siebziger Jahre, bis 1890 Reichskanzler und die letzten Jahre seiner Amtsführung zugleich Handelsminister gewesen. Dann kam zwar Caprivi, dem man nachsagt, daß er von der Landwirtschaft und vom Handel nichts verstehe, aber der war doch nicht zugleich Handelsminister, und während seiner Amtsführung, sowie vor- und nachher, hat Preußen stets Großgrundbesitzer zu Ministern für Landwirtschaft, außerdem den agrarisch gesinnten Miquel zum Finanzminister gehabt; seit reichlich einem Jahre haben wir wieder einen Großgrundbesitzer zum Reichskanzler, und auch der Minister des Innern und der Kriegsminister gehören stets dem Grundadel an. Und wie in der Regierung, so haben wir im Reichstage seit 1878 eine agrarische Mehrheit; das Zentrum ist größtenteils agrarisch gesinnt und in seiner Gesamtheit börsenfeindlich. Nun fragen wir: Wenn die Börse wirklich eine künstliche, dem Getreidevorrat der Erde nicht entsprechende Wohlfeilheit des Getreides erzeugt, wie ist es da unter den oben beschriebnen Machtverhältnissen der Vertreter der Landwirtschaft zu erklären, daß die Regierung noch niemals das gemeinschädliche Treiben der Börse durch eine genaue Beschreibung ihrer Manipulationen entlarvt und Gesetze dagegen vorgeschlagen hat, die sofort angenommen worden sein würden? Ist vielleicht auch ihr, der Regierung, Bismarck und Miquel eingeschlossen, die Sache noch nicht klar? Dann dürfen wir, die wir dem Treiben fernstehen, uns wahrlich nicht schämen, zu bekennen, daß wir die agrarischen Beweisführungen nicht verstehen.

Nochmals . . . ohlgeboren. Nach unsrer Erfahrung nimmt die Titel- und Schnörkelsucht in Deutschland eher zu als ab, und das Mahnwort der Grenzboten wird wohl vielseitigen Beifall gefunden haben. Der Unsinn mit dem Wohlgeboren, Hochwohlgeboren und Hochgeboren wird aber in manchen Provinzen Preußens sehr viel stärker betrieben, als in andern. Westlich von der Elbe und in Ost- und Westpreußen läßt man im gewöhnlichen Briefverkehr meist diese lächerlichen Zusätze weg. Dagegen ist Brandenburg, Pommern und namentlich Schlesien so recht die Domäne für Hoch- und Wohlgeboren. In Schlesien scheinen sich noch alte österreichische Reminiscenzen fortzuschleppen. Auch der „Reserveleutnant“ hat sicher sehr viel zu dem erneuten Anschwellen der „Hochwohlgebornen“ beigetragen. Solange er den bunten Rock anhat, schreibt selbst sein Kriegsherr mit diesem Zusatz an ihn, und im „Zivilverhältnis“ mag er dann das schmückende Beiwort nicht missen; ja der Rittergutsbesitzer und Leutnant d. R. kämpft oft in unsrer sogenannten aufgeklärten Zeit einen harten Kampf mit seinem feudalen Landrat, der ihm seiner Meinung nach zu Unrecht die Hochwohlgeborenheit aberkennt. Der Kampf fällt regelmäßig zu Ungunsten der Leutnants im Nebenamt aus, aber junge Heißsporne lassen sich dadurch nicht abschrecken. Daß aber der „Bund der Landwirte,“ der doch eigentlich ausgleichend zwischen dem Edelmann und dem Bauer wirken will, ein

vollständiges Bademeccum in Titelfachen für seine Bundesbrüder ausgearbeitet hat, klingt fast wie Hohn, und doch ist es wahr! Der von dem Bunde in fünfzigtausend Exemplaren herausgegebene „Bundeskalender“ für 1896 bringt folgende allen unadlichen Gutsbesitzern und Bauern gewiß hoch willkommene und erspriessliche Vorschrift, die wir der Nachwelt nicht vorenthalten wollen:

Titulatur	Anrede	Im Zusammen- hang	Unter- schrift	Außere Auf- schrift
Kaiser, König	Allerdurchlauchtigster Kaiser! Allergnädigster Kaiser und Herr!	Ev. Kaiserliche Majestät Allerhöchstdieselben	allerunter- thänigster	Seiner Majestät
Herzog, Fürst	Durchlauchtigster Herzog! Gnädiger Herr!	Ev. Durchlaucht Gnädigster Herr	unter- thänigster	Sr. Durchlaucht dem Herzog zc.
Graf, Reichsfreiherr von zc.	Hochgebornner Herr Graf! Gnädiger Herr!	Ev. Gnaden, Ev. Hochgeboren	gehorsamer	Sr. Hochgeborenen dem Herrn Grafen N. N.
Freiherrn, Barone	Hochwohlgebornner Herr Baron!	Ev. Hochwohlgeboren	gehorsamer	Sr. Hochwohlgeborenen dem Herrn Freiherrn N. N.
Staatsminister, Wirkliche Geheimräte, kommandierende Generale	Exzellenz!	Ev. Exzellenz	gehorsamer	Sr. Exzellenz dem kgl. Staatsminister zc. N. N. Großkreuz zc.
Edeleute, sowie Beamte, welche zwischen Ministern und Staatsdienern zweiten Ranges stehen, z. B. Staats- räte, Offiziere	Hochwohlgebornner Herr! oder Hochgeehrter oder Hoch- zuverehrender Herr!	Ev. Hochwohlgeboren	gehorsamer	Sr. Hochwohlgeborenen Herrn General-Major Freiherrn von zc., Ritter hoher Orden zc.
Staatsdiener zweiten Ranges, wie Hof-, Kammer- und andre Räte, Professoren, Doktoren	Wohlgebornner Herr! oder Hochgeehrtester oder Hoch- zuverehrender Herr!	Ev. Wohlgeboren	ganz ergebener	Sr. Wohlgeborenen dem Herrn zc. zc.
Subalterne Staatsdiener	Geehrter Herr!	Ev. Wohlgeboren	ergebener	Sr. Wohlgeborenen
Geistliche vom ersten Range, als Kardinäle, Erzbischöfe, Bischöfe	Hochwürdigster Herr Kardinal! (Erzbischof)	Ev. Eminenz, Ev. Erz- bischöfliche Gnaden	verehrungs- voll gehor- sam.	An Se. Eminenz den hochwürdigsten Herrn Kardinal
Geistliche zweiten Ranges, als Präbyste, Äbte, Dom- herren, Konfistorialräte, Superintendenten, Oberhofprediger	Hochwürdigster Herr Abt zc. (oder Konfistorialrat)	Ev. Hochwürden	verehrungs- voll ergebener	Sr. Hochwürden dem Herrn Konfistorial- rat N. N.
Doktoren der Theologie und Pfarrer, Kapläne zc.	Hochhehrwürdigster Herr Pfarrer!	Ev. Hochhehrwürden	ergebenster	Sr. Hochhehrwürden dem Herrn Pfarrer N. N.

Koloniale Biergespräche. Mit dem Anspruch, „historisches Interesse“ zu haben, „aber ein solches allerdings in sehr hohem Maße,“ geht durch die Blätter ein Bericht über ein Gespräch des Altreichskanzlers mit zwei Afrikareisenden bei Münchner Bier und langen Pfeifen. Der eine von diesen mußte nach der koketten halbverhüllten Bezeichnung, die in solchen Berichten beliebt wird, Wißmann gewesen sein, und zeitlich wäre die Unterhaltung etwa in das Spätjahr 1892 zu setzen. Die Rede kam auf Deutsch-Ostafrika, von dem Bismarck sagte, es sei ihm oft der Gedanke gekommen, Deutsch-Ostafrika nicht als ewigen deutschen Besitz, sondern als Tauschobjekt zu betrachten. Man hätte es den Engländern abtreten und diese dadurch bestimmen können, Frankreich in Ägypten Einräumungen zu machen, wofür Frankreich möglicherweise Madagaskar an Deutschland abgetreten hätte, besonders wenn man ihm noch eine Grenzverbesserung in Lothringen zugestanden hätte. Für diese „ebenso merkwürdige wie geniale Idee“ habe zwar ihr Erfinder lachend die Verantwortung abgelehnt, aber alle Anwesenden habe sie aufs lebhafteste gefesselt.

Wir fragen uns: Wer ist so urteils- und geschmacklos, eine vertraute Plauderei, die so den Stempel des Biergesprächs trägt, der Öffentlichkeit zu übergeben? Der Verdacht, daß der Gedanke Bismarcks ins Unkenntliche verzerrt sei, ist kaum abzuweisen. Man ziehe doch die Summe dieser politischen Rechnung und sehe, was für Deutschland bleibt. Aber es ist ja auch nicht unmöglich, daß der große Staatsmann gerade so gesprochen hat. Dann ist er zu bedauern, daß er Zuhörer gehabt hat, die auch solche Scherze für genial und der Aufbewahrung würdig hielten. Für unsre Zeitungen ist die Veröffentlichung von Aussprüchen Bismarcks eine Art Sport geworden. Wenn ein paar Tage verstrichen sind, ohne daß eine Unterredung oder eine Rede von ihm gebracht werden konnte, scheinen sie eine gährende Lücke zu empfinden. Auf Sinn und Gehalt kommt es gar nicht mehr an. Wie wenig nun gerade diese Erinnerung zu der ernstesten Arbeit stimmt, die seit Jahren in Deutsch-Ostafrika geräuschlos geleistet wird, dem Tauschobjekt, das sich mehr und mehr als eine treffliche, wenn auch schwere Schule der Tropenkolonisation für Deutschland erweist, das empfinden sie gar nicht. Und wie sie das politische Urteil trüben, das bei uns in kolonialen Dingen ohnehin so jung ist, erst recht nicht.

Zur Abwehr. Die Post bringt in Nr. 291 vom 23. Oktober 1895 unter Nebue der Presse nachfolgende Bemerkungen:

Durch ihre sozialistischen Neigungen fällt erneut die Zeitschrift Grenzboten auf; die Schlesische Zeitung nagelt hierfür folgende Proben fest:

„Ein Artikel der Grenzboten über den Breslauer sozialdemokratischen Parteitag beginnt mit folgenden Sätzen: Von allen Parteitagen ist der sozialdemokratische der erträglichste. Während auf den Versammlungen der herrschenden Parteien die bekannten Redensarten von Automaten heruntergeklappert werden, die dabei so wenig fühlen wie ein Hammerstein beim Breise der christlich-germanischen Tugend, sieht und hört man bei den Sozialdemokraten warme Menschen, die warm von menschlichen Dingen reden. . . . Hätten unsre Arbeiter die englische Koalitionsfreiheit, so könnten sie sich gleich ihren englischen Genossen auf ihre Gewerkschaftsangelegenheiten beschränken; da sie sie nicht haben, so bleibt ihnen nichts übrig, als eine den herrschenden Parteien feindliche politische Partei zu bilden und sich das Recht, das ihnen verweigert wird, zu erkämpfen.“

Diese Auslassung ist nach ihrem ganzen Zusammenhang offenbar feindlich gemeint, um nach berühmtem Muster die Grenzboten in der öffentlichen Meinung der sozialdemokratischen Gesinnung zu verdächtigen.

Was ärgert nun eigentlich die Post an diesem doch anscheinend recht harmlosen Auszuge aus dem Maßgeblichen und Unmaßgeblichen des Heftes 42? Darf man überschwängliche, überzeugungstreue vorgetragene Ansichten nicht mehr interessant finden, ohne sozialistischer Neigungen verdächtig zu sein, oder wird man dadurch Sozialdemokrat, daß man durch vernünftige Maßregeln die Sozialdemokratie von der politischen Bühne hinwegzudrängen sucht? Auch die verehrliche Post wird einsehen, daß Saladin, der in seiner Güte durch Freigebigkeit die Bettler mit Stumpf und Stiel vertilgen wollte, der Bettlei selbst und dem Bettelstande wahrhaft feind gewesen ist. Muß ferner jeder, der nicht auf Seiten der Sozialdemokraten steht, in Wort und Schrift mit automatischer Feierlichkeit den Zweifel an ihrer Überzeugungstreue herunterleiern? Hat doch Mirabeau bloß deshalb die Macht des tyrannischen Robespierre vorausgesagt, weil er erkannte, daß der Mann an das glaubte, was er redete. Trotzdem wird doch kein vernünftiger Mensch behaupten dürfen, daß Mirabeau jemals auf dem politischen Standpunkte Robespierres gestanden hätte. Wer die Kölnische Zeitung nicht nur mit Vergnügen liest, sondern auch ihre Ansichten für die allein richtigen hält, der darf doch immerhin ihre Kollegin, die eine schnurstracks entgegengesetzte politische Richtung verfolgt, die Kölnische

Volkzeitung, ein überzeugungstreues und anständiges Blatt nennen. Das mag dem Geschmack der Post nicht entsprechen, aber ultramontan wird man durch ein solches unbefangenes Urteil nicht.

Welche Bewandnis aber hat es denn nun eigentlich mit den sogenannten sozialistischen Neigungen der Grenzboten, die wahrlich nicht engherzig sind und auch widerstreitenden Ansichten das Wort gönnen? Man kann da lesen, daß unserm Mittelstande durchaus keine Gefahr drohe, und dann wieder, daß er dem Untergange preisgegeben sei; man liest da auch, daß unsre Fabrik- und Bergarbeiter schlimmer daran seien als die Hörigen vergangner Zeiten. Es findet sich in ihnen so mancher Mahnruf, um dem Rückgang der Volkskraft durch ungesunde und überanstrengende Beschäftigung zu steuern, um auch den Massen des Volkes Grund und Boden, auf dem sie ernten können, was sie gesät haben, zugänglich zu machen. Wie ein roter Faden geht aber durch die Grenzboten die Liebe zu Kaiser und Reich, die Propaganda für Erhaltung und Mehrung der Wehrkraft Deutschlands zu Wasser und zu Lande. Solche Gefühle und Bestrebungen hat man doch früher nicht sozialdemokratisch genannt. Geändert und gebessert haben doch auch alle die, denen es jetzt genug gethan ist, die nicht mehr mitmachen wollen, und denen das Reich schon zu weit gegangen ist. Wir wissen sehr wohl, daß sehr einflußreiche und bedeutende Männer ganz im Gegensatz zu den Grenzboten die Ansicht vertreten, daß in Deutschland das zulässige Ziel bereits überschritten sei. Es ist zwar nicht hübsch, aber von einem solchen Parteistandpunkte aus kann es politisch recht klug erscheinen, die Grenzboten sozialdemokratisch zu nennen. Die, die man meint, darf man nicht angreifen; aber man kann sie verwirren und einschüchtern, wenn man ihre angreifbaren Bundesgenossen mit dem verhassten Namen sozialdemokratisch in die Acht erklärt. Ein politischer Meisterzug in einer Zeit, in der man sicher sein muß, wegen der Haltung der Grenzboten die ganze Interessengruppe der Agrarier auf seiner Seite zu haben. So seine politische Schachzüge sind uns im Grunde genommen am wenigsten verhasst. Wir können es auch gleichmütig ertragen, daß Herr von Stumm und sein Gefolge jede unbequeme Gegnerschaft mit dem Schlagwort sozialistisch niederzuschlagen sucht. Die Sache hat aber auch ihre Rehrseite, und das bedenken die Herren nicht, weil sie eben ihren Kampf mit bloßen Redensarten führen, die sie automatisch herunterklappern, und bei denen sie nichts fühlen. Sie übersehen, daß sie Leser, die in den politischen Irrgängen weniger bewandert sind und deshalb jene Redensarten ernst nehmen, dazu verführen, sich aus den Grenzboten über die sozialdemokratischen Bestrebungen unterrichten zu wollen und so in eine völlig falsche Vorstellung zu geraten. Denn wenn sie die Grenzboten „sozialdemokratisch“ schimpfen, bringen sie nur zustande, was ihnen doch gewiß selbst unerwünscht ist: daß die Sozialdemokratie für eine aufrichtig patriotische Partei und jede andre, die ihr das abspricht, für heuchlerisch gehalten wird.

Weshalb wir uns hiermit an die Post wenden, während doch eine ganze Reihe anderer Blätter den albernen und unehrlichen Angriff auf die Grenzboten in viel größerem Umfange aufgenommen hat? Nun, weil wir die Post für ein anständiges Blatt halten. Auf den Angriff selbst zu antworten, der nur der wiederholte Versuch ist, eine unbequeme Stimme zum Schweigen zu bringen, dürfen wir wohl als unter unsrer Würde betrachten.

Für die Redaktion verantwortlich: Johannes Grunow in Leipzig  
Verlag von Fr. Wils. Grunow in Leipzig. — Druck von Carl Marquart in Leipzig